

Agonaler Pluralismus, Populismus und die Konturen einer realistischen Demokratietheorie

Manon Westphal*

Schlüsselwörter: Agonaler Pluralismus, Chantal Mouffe, Demokratie, Populismus, realistische politische Theorie

Abstract: Der Artikel rekonstruiert Merkmale einer realistischen politischen Theorie im Anschluss an Bernard Williams und Raymond Geuss und diskutiert auf dieser Grundlage, inwiefern Chantal Mouffes agonale Demokratietheorie eine realistische Demokratietheorie verkörpert. Mouffes agonaler Pluralismus weist zentrale Merkmale einer realistischen politischen Theorie auf, wozu die Anerkennung des von Macht und Konflikt geprägten Charakters von Politik und ein Anti-Moralismus in der Bewertung von politischen Konflikten gehören. Es mangelt dem agonalen Pluralismus jedoch an einer Auseinandersetzung mit den realen Kontexten demokratischer Politik. *For a Left Populism* lässt sich als eine Vertiefung des realistischen Charakters der Mouffe'schen Demokratietheorie lesen. Die im agonalen Pluralismus zunächst abstrakt beschriebenen Ideen einer in der Demokratie stets erforderlichen Kritik am Status quo und einer Verbindung unterschiedlicher demokratischer Kämpfe zum Zweck einer Politisierung des Status quo werden hier vor dem Hintergrund realweltlicher Diagnosen konkretisiert. Abschließend konturiert der Artikel in einem Ausblick, wie sich der realistische Charakter agonaler Demokratietheorie vertiefen ließe.

Abstract: This article reconstructs features of a realist political theory following Bernard Williams and Raymond Geuss, and on this basis discusses to what extent Chantal Mouffe's agonistic democratic theory embodies a realist democratic theory. Mouffe's agonistic pluralism exhibits central features of a realist political theory, which include a recognition of the power and conflict-driven nature of politics and an anti-moralism in the evaluation of political conflicts. However, it lacks an engagement with the real contexts of democratic politics. *For a Left Populism* can be read as deepening the realist character of Mouffe's democratic theory. Here the ideas of a critique of the status quo and of interlinking different democratic struggles for the purpose of politicizing the status quo, which are initially described in abstract terms in Mouffe's theory of agonistic pluralism, are made concrete against the background of real-world diagnoses. Finally, the article outlines some considerations on how the realist character of agonistic democratic theory could be further deepened.

* Manon Westphal, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Kontakt: manon.westphal@uni-muenster.de

1. Einleitung

In der politischen Philosophie hat sich in den vergangenen Jahren eine Debatte über Möglichkeiten entwickelt, politische Theorie auf eine realistische Art und Weise – und in diesem Sinne als realistische politische Theorie – zu betreiben. Im Fokus dieser Debatte stehen insbesondere die Werke von Raymond Geuss (2008) und Bernard Williams (2005). Die zentrale Prämisse realistischer politischer Theorie lautet, dass politische Theorie nicht mit der Interpretation moralischer Ideale beginnen sollte, um so Prinzipien für den Umgang mit politischen Fragen zu definieren, sondern die politische Praxis zum Ausgangspunkt ihrer Reflexionen machen sollte (vgl. Rossi/Sleat 2014: 690). Mit dieser Annahme unterscheidet sich die realistische politische Theorie von der nicht-idealen Theorie, mit der sie oft in Verbindung gebracht wird. Während es der nicht-idealen Theorie um Fragen der Anwendung von moralischen Prinzipien unter nicht-idealen Bedingungen geht, möchte die realistische politische Theorie die Rolle der politischen Praxis in der Theoriebildung neu justieren (vgl. Schaub 2010: 407).

Es gibt keinen Konsens unter realistischen politischen Theoretiker*innen darüber, was genau aus diesem Plädoyer für die Praxis politischer Theorie folgt. Realistische politische Theoretiker*innen haben bisher insbesondere für eine Verschiebung des Fokus von Fragen der Gerechtigkeit auf Legitimität plädiert (vgl. zum Beispiel Sleat 2013) und gezeigt, wie Formen der Ideologiekritik eine Befragung des Status quo anleiten können, die nicht von moralischen Prinzipien angeleitet ist (vgl. zum Beispiel Prinz/Rossi 2017). Damit sind zwar nur exemplarisch Hauptthemen einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Debatte benannt. Die Demokratie aber spielt in der Debatte bisher kaum eine Rolle. Realistische politische Theoretiker*innen haben sich bis dato wenig mit den Ideen und Praktiken der Demokratie befasst (Ausnahmen sind Arlen 2022; Arlen/Rossi 2021; Bagg 2018). Eine mögliche Interpretation dieses Umstandes könnte sein, dass die Demokratie, anders als Legitimität oder Macht(kritik), kein wichtiges Thema der realistischen politischen Theorie ist.

Allerdings lässt sich nicht nur argumentieren, dass die Demokratie für realistische politische Theoretiker*innen besonders relevant sein könnte, weil sie besser als andere Formen politischer Ordnung in der Lage ist, übermäßige Machtkonzentrationen zu verhindern (vgl. Bagg 2018). Die Demokratie aus dem Gegenstandsbereich realistischer politischer Theorie auszuklammern, erschiene auch nur dann plausibel, wenn man die Agenda realistischer politischer Theorie strikt auf Themen begrenzen würde, die konstitutiv für Politik beziehungsweise notwendige Merkmale von politischer Praxis sind. Während Williams (2005: 5) davon ausgeht, dass Legitimität beziehungsweise eine Rechtfertigung von Herrschaft ein notwendiges Merkmal von Politik ist, besteht kein notwendiger Zusammenhang zwischen Politik und Demokratie. Wenn man allerdings den methodischen Anspruch realistischer politischer Theorie in den Vordergrund stellt, der darin besteht, politische Theorie auf nicht-moralistische Weise und unter Berücksichtigung der Besonderheiten politischer Praxis zu betreiben, ist der Gegenstandsbereich realistischer politischer Theorie prinzipiell offen. Nicht unbedingt aus der Sicht aller rea-

listischer politischer Theoretiker*innen, aber aus Sicht der Demokratietheoretikerin ist es interessant zu fragen, was es hieße, das realistische Plädoyer für eine Priorisierung der Praxis in politiktheoretischen Argumentationen zum Ausgangspunkt von Reflexionen über die Demokratie zu machen. Können Demokratietheoretiker*innen mit der Brille der realistischen politischen Theorie Perspektiven auf die Demokratie entwickeln, die etablierte demokratietheoretische Ansätze nicht erhellen?

In der Annahme, dass es sich lohnt, die Gestalt möglicher realistischer Beiträge zu demokratietheoretischen Debatten auszuloten, ist es das Ziel dieses Artikels, zur Beantwortung der Frage beizutragen, wie die Konturen einer realistischen Demokratietheorie aussehen könnten. In einem ersten Schritt werde ich mich hierfür detaillierter mit dem Anspruch realistischer politischer Theoretiker*innen auseinandersetzen, politische Theorie auf realistische Weise zu betreiben. In der Debatte ist oft nur unscharf definiert, was damit gemeint ist, und es kursieren unterschiedliche Definitionen dessen, worin genau das Realistische realistischer politischer Theorie besteht. Sofern realistische politische Theorie eine interessante Neuerung des politiktheoretischen Feldes sein möchte, sollte sie diesen Anspruch mindestens in drei Hinsichten spezifizieren. Erstens sollte sie konstitutive Merkmale jener distinkten sozialen Praxis berücksichtigen, die Politik verkörpert. Zweitens sollte sie die Komplexität normativer Evaluationen von politischen Phänomenen anerkennen. Drittens sollte sie die Besonderheiten konkreter sozialer und politischer Praktiken reflektieren.

Ausgehend von dieser Spezifizierung realistischer politischer Theorie werde ich mich in einem zweiten Schritt einer Demokratietheorie zuwenden, die – auch wenn sie sich dieses Label nicht selbst gibt – zumindest von einigen Kommentator*innen der realistischen politischen Theorie zugerechnet wird (vgl. Galston 2010; Cross 2017), und zwar der Theorie Chantal Mouffes. Liegt mit Chantal Mouffes agonaler Demokratietheorie bereits eine realistische Demokratietheorie vor, sodass die Diagnose einer Demokratievergessenheit realistischer politischer Theorie gar nicht zutrifft und realistische politische Demokratietheorie unter einem anderen Label längst betrieben wird? Um diese Frage zu beantworten, werde ich prüfen, ob und inwieweit Mouffes Theorie den drei Kriterien realistischer politischer Theorie entspricht. Ich werde zeigen, dass Mouffes agonaler Pluralismus zwar den ersten beiden Kriterien gerecht wird, aber nicht dem dritten. Allerdings lassen sich Mouffes Ausführungen in *For a Left Populism* als eine Intensivierung der Auseinandersetzung mit konkreten sozialen und politischen Praktiken in der agonalen Demokratietheorie deuten. Wenn man das jüngste Werk Mouffes nicht mit einem exklusiven Fokus auf das Plädoyer für einen linken Populismus liest, sondern nachvollzieht, wie dieses Plädoyer begründet wird, lässt sich hier deshalb ein Schritt in Richtung einer realistischeren Ausdeutung des agonalen Pluralismus identifizieren.

Ich werde schlussfolgern, dass das realistische Rad der Demokratietheorie zwar nicht neu erfunden werden muss, aber weitergedreht werden sollte. *For a Left Populism* bietet fruchtbare Anknüpfungspunkte, um mögliche Perspektiven für eine realistische Weiterentwicklung agonaler Demokratietheorie zu identifizieren.

2. Was ist das Realistische an der realistischen politischen Theorie?

Die Theorien von Bernard Williams und Raymond Geuss gelten als Grundsteine der Debatte über die realistische politische Theorie. Williams (2005) hat vor allem jenen Strang der Debatte geprägt, der Legitimität als eine genuin politische Qualität von politischen Herrschaftsbeziehungen versteht (vgl. zum Beispiel Hall 2015; Sleat 2010, 2013). Williams argumentiert, dass die Herstellung von Ordnung zwar die „erste politische Frage“ ist, aber nicht jede Art und Weise, diese Frage zu beantworten, legitim ist. Politik ist aus seiner Perspektive zwar von Macht geprägt und umfasst auch Formen der Machtausübung, die mit moralischen Kriterien wie Gerechtigkeitsprinzipien konfliktieren, geht aber nicht in Macht auf – „might does not imply right“ (Williams 2005: 5). Die Ausübung von Macht müsse dem grundlegenden Legitimierungserfordernis („basic legitimation demand“) Genüge tun, was bedeutet, dass die Herrschenden ihre Herrschaft auf Weisen rechtfertigen müssen, die für die Beherrschten Sinn ergeben (ebd.: 3 f.). Geuss (2008) ist weniger daran interessiert, zu spezifizieren, wie Herrschende handeln müssen, um dem Wesen von Politik Genüge zu tun, als an den besonderen Wirkungsweisen von Macht in konkreten Kontexten. Während Geuss eine Reihe von Aufgaben für die politische Theorie definiert – unter anderem das Verstehen und die Bewertung von Praktiken (vgl. Geuss 2008: 37 ff.) und die konzeptionelle Innovation (ebd.: 42) –, hat vor allem sein Verständnis von Ideologiekritik die Debatte über Möglichkeiten, realistische politische Theorie zu betreiben, geprägt (vgl. zum Beispiel Prinz 2016; Prinz/Rossi 2017; Rossi 2019). Politische Theoretiker*innen sollten sich demnach den komplexen Mechanismen zuwenden, über die Macht oft indirekt Meinungen und Haltungen beeinflusst, und Kritik an solchen Überzeugungen üben, die trotz ihres parteilichen Charakters mit einem vermeintlichen universalen Interesse in Verbindung gebracht werden (vgl. Geuss 2008: 51 f.).

Williams und Geuss deuten das Anliegen realistischer politischer Theorie also unterschiedlich aus (für eine detailliertere Gegenüberstellung beider Ansätze siehe Schaub 2012). Geeint sind realistische politische Theoretiker*innen in ihrer Kritik am „Moralismus“ (vgl. zum Beispiel Williams 2005: 2) des Mainstreams normativer politischer Theorie. Sowohl Williams als auch Geuss kritisieren, dass sich in etablierten Traditionen politischer Philosophie eine zu große Distanz zwischen normativen Argumentationen und der politischen Realität manifestiert. Der Begriff ‚Moralismus‘ ist allerdings nicht unproblematisch. Die Verquickung von Moralismus-Diagnose und dem Plädoyer für eine realistische Neuausrichtung politischer Theorie hat dazu beigetragen, dass die Plausibilität des Unterfangens realistischer politischer Theorie bisweilen an einem Maßstab gemessen wird, der das Anliegen realistischer politischer Theoretiker*innen verfehlt. Erman und Möller (2015, 2022) sowie Leader Maynard und Worsnip (2018) argumentieren, dass das Projekt einer realistischen politischen Theorie unplausibel sei, weil normative politische Theorie nicht umhinkomme, auf moralische Werte und Prinzipien zu rekurrieren. Zumindest wenn sie eine einigermaßen anspruchsvolle Kritik am Status quo üben können möchte, müsse die politische Theorie einen gewissen Moralismus inkorporieren und könne sich nicht auf eine rein politische Normativität zurückziehen –

zumal unklar sei, was genau eine genuin politische Normativität sein sollte (vgl. Leader Maynard/Worsnip 2018).

Dieser Debattenstrang sitzt einem Missverständnis der realistischen Kritik am ‚Moralismus‘ und damit auch des Kernanliegens realistischer politischer Theorie auf. Es geht realistischen politischen Theoretiker*innen nicht darum, eine umfassend nicht-moralische Normativität freizulegen und Bezugnahmen auf moralische Werte und Prinzipien zu vermeiden. Mit anderen Worten, die realistische Absage an den Moralismus ist nicht gleichzusetzen mit einer Absage an Moral beziehungsweise an moralische Inhalte in politiktheoretischen Argumentationen. Vielmehr geht es realistischen politischen Theoretiker*innen darum, politiktheoretische Argumentationen in enger Auseinandersetzung mit den Besonderheiten politischer Praxis zu entwickeln. Politische Theoretiker*innen sollten demnach die politische Praxis nicht bloß als den Anwendungsbereich von Prinzipien verstehen, die zunächst in von der Praxis abstrahierenden ethischen Argumentationen entwickelt werden, sondern sie sollten das Unterfangen politischer Theorie mit Interpretationen der politischen Praxis beginnen. „Broadly, realists maintain that political theory should begin (in a justificatory rather than temporal sense) not with the explication of moral ideals (of justice, freedom, rights, etc.), which are then taken to settle the questions of value and principle in the political realm but in an (typically interpretative) understanding of the practice of politics itself“ (Rossi/Sleat 2014: 690). In diesem Sinne wenden sich Williams und Geuss gegen eine Priorisierung von Moral gegenüber dem Politischen (vgl. Williams 2005: 2) beziehungsweise gegen ein Verständnis von politischer Theorie als „applied ethics“ (Geuss 2008: 6).

Natürlich ist durch die Feststellung, dass es realistischen politischen Theoretiker*innen *nicht* um eine Moral-Abstinenz geht, wenn sie die Vermeidung moralistischer Argumentation einfordern, noch nicht bestimmt, was das Anliegen realistischer politischer Theorie positiv auszeichnet. In der Debatte firmieren – wie die knappe Charakterisierung der Ansätze von Williams und Geuss gezeigt hat – unterschiedliche Präzisierungen des Programms realistischer politischer Theorie. Dennoch gibt es markante Gemeinsamkeiten. Ich werde im Folgenden drei Kriterien als die programmatischen Eckpfeiler realistischer politischer Theorie konturieren. Während nicht alle realistischen politischen Theoretiker*innen alle Kriterien gleichermaßen betonen, spielt jedes dieser Kriterien in der Debatte über die realistische politische Theorie eine prominente Rolle. In ihrem Zusammenspiel konstituieren die drei Kriterien ein politiktheoretisches Programm, das ein positives Gegenstück zu der realistischen Kritik am ‚Moralismus‘ darstellt.

2.1 Politik als distinkte soziale Praxis

Realistische politische Theoretiker*innen beginnen insofern mit einer Interpretation politischer Praxis, als sie Merkmale ausmachen, die Politik als eine distinkte soziale Praxis auszeichnen, und es zur Aufgabe der politischen Theorie erklären, die Permanenz dieser Merkmale anzuerkennen. Realistische politische Theoretiker*innen sprechen in diesem Zusammenhang auch von der „Autonomie“ von Politik. Damit ist nicht gemeint, dass

Politik von anderen gesellschaftlichen Sphären unabhängig ist, sondern dass ihr Aufgaben und Dynamiken eigen sind, die sie von anderen sozialen Praktiken unterscheiden (vgl. Galston 2010: 390). Diese Überlegungen lassen sich anhand der Ausführungen Matt Sleats (2013) illustrieren. Zu den konstitutiven Merkmalen von Politik gehören Sleat zufolge Meinungsverschiedenheiten, die (Wieder-)Herstellung von Ordnung sowie Macht und Zwang. Meinungsverschiedenheiten seien in zweierlei Hinsichten konstitutiv für Politik. Erstens in dem Sinne, dass Politik überhaupt erst notwendig werde, um mit den Meinungsverschiedenheiten und Konflikten, die sich im menschlichen Zusammenleben ergeben, umzugehen. „Put at its simplest, politics arises in human life because we have to live and act alongside those with whom we disagree, about religion, about morality, about politics, indeed about very many things“ (Sleat 2013: 45). Zwar sei der *Bereich des Politischen* „potenziell grenzenlos“, weil oft strittig ist, was überhaupt als eine politische Frage, die kollektiv verbindlich geregelt werden muss, zu gelten habe (vgl. Sleat 2013: 46, Übersetzung d. A.). Aber *Politik* lasse sich insofern charakterisieren, als sie diejenige soziale Praxis verkörpert, die Menschen dazu befähigt, mit Meinungsverschiedenheiten auf friedliche Weise umzugehen (vgl. Sleat 2013: 46).

Zweitens sei Politik auch insofern mit Meinungsverschiedenheiten verbunden, als Meinungsverschiedenheiten oft so tief und hartnäckig sind, dass sie sich in politischen Auseinandersetzungen nicht beilegen lassen (vgl. Sleat 2013: 54). Politik verkörpert für realistische politische Theoretiker*innen also eine soziale Praxis, die nicht nur auf Meinungsverschiedenheiten antwortet, sondern auch konstant von Meinungsverschiedenheiten begleitet wird – diese also *verarbeitet*, aber selten *beilegt*. Die (Wieder-)Herstellung von Ordnung angesichts von Meinungsverschiedenheiten ist nach diesem Verständnis die primäre Aufgabe von Politik (vgl. Sleat 2013: 47). Im Hobbes'schen Sinne handele es sich hierbei um die erste politische Frage, weil die Herstellung von Ordnung und die Ermöglichung von Kooperation Voraussetzungen dafür seien, dass andere politische Fragen – nach Gerechtigkeit, dem gelingenden Leben et cetera – überhaupt gestellt werden können (vgl. Williams 2005: 3). Wo Ordnung und verstetigte Kooperationszusammenhänge fehlen, könnten viele politische Projekte gar nicht erst realisiert werden (vgl. Horton 2010: 438). Das bedeutet nicht, dass realistische politische Theorie jede Form der Herstellung von Ordnung als legitim erachtet und sich in eine Affirmation jeglicher Realpolitik hineinmanövriert. Das zeigt exemplarisch Williams' *Basic Legitimation Demand* und sein Erfordernis, dass diejenigen, die politische Herrschaft ausüben, den Beherrschten Rechtfertigungen für ihre Herrschaft anbieten müssen (vgl. Williams 2005: 4). Meinungsverschiedenheiten sorgten allerdings dafür, dass eine umfassende Anerkennung der Legitimität einer politischen Ordnung durch alle der Herrschaft Unterworfenen unrealistisch sei und nicht zum Kriterium von legitimer politischer Herrschaft gemacht werden sollte (vgl. Sleat 2013: 50). Macht und die Ausübung von Zwang seien konstitutive Merkmale der distinkten sozialen Praxis Politik. Jede politische Ordnung habe einen ausschließenden Charakter, weil sie bestimmte Werte und Prinzipien gegenüber anderen priorisiert. Da es unter den Bedingungen tiefer Meinungsverschiedenheiten in der Regel Gruppen gebe, die die jeweils geltenden Regeln so grund-

legend ablehnen, dass sie die Autorität der politischen Ordnung in Frage stellen, sei die Durchsetzung politischer Herrschaft mittels Zwangsmaßnahmen eine zentrale Komponente von Politik (vgl. Sleat 2013: 60 f.).

2.2 Die Komplexität normativer Evaluationen

Ein zweites elementares Merkmal realistischer politischer Theorie ist, dass sie die Komplexität normativer Evaluationen von Politik hervorhebt und eine Reduktion normativer Evaluationen auf moralische Kriterien ablehnt. Realistische politische Theoretiker*innen gehen davon aus, dass für die Bewertung von politischen Phänomenen in der Regel ein Spektrum an Gesichtspunkten relevant ist und sich nicht prinzipiell bestimmen lasse, welcher Sorte von Gesichtspunkten Vorrang zu geben ist. Zwar spielen moralische Erwägungen in diesem Spektrum durchaus eine Rolle, aber sie seien anderen nicht grundsätzlich übergeordnet (vgl. Geuss 2008: 39). Welche Gesichtspunkte für normative Evaluationen relevant sind und welches Gewicht relevanten Gesichtspunkten jeweils zukommt, lasse sich nicht auf eine allgemeingültige Weise definieren, sondern hänge von dem betreffenden politischen Phänomen ab und bedürfe stets kontextsensitiver Urteile. Argumente bezüglich des kritikwürdigen oder lobenswerten Status spezifischer politischer Phänomene bedürften deshalb stets Interpretationen des Zusammenspiels von unterschiedlichen relevanten Faktoren in konkreten Kontexten. Politische Entscheidungen und das Handeln politischer Akteur*innen beispielsweise sollten unter Berücksichtigung der historischen Prägung des betreffenden politischen Kontextes, der Pfadabhängigkeit politischer Entscheidungen und etwaigen Handlungszwängen bewertet werden (vgl. Philp 2010: 482).

Raymond Geuss nimmt in *Politics and the Imagination* (2010) auf jene Debatte Bezug, die im Vorfeld der Invasion des Irak unter der Blair-Regierung stattgefunden hat, um an diesem Beispiel die Fallstricke einer Urteilsfindung zu illustrieren, die unter Ausblendung relevanter Kontextfaktoren einseitig auf Kategorien der Moral setzt. Tony Blair sei von einer Reihe von Expert*innen eindringlich auf die Vielschichtigkeit der politischen Lage im Irak hingewiesen und gewarnt worden, dass eine militärische Invasion eine Reihe von problematischen Konsequenzen haben könnte, unter anderem eine Störung der prekären Balance in den Beziehungen zwischen unterschiedlichen politischen, religiösen und nationalen Gruppen im Irak. Blair habe mit erkennbarem Desinteresse zugehört und die Expert*innen wiederholt mit der Frage unterbrochen: „But Saddam is evil, isn't he?“ (Geuss 2010: 32). Dieses zugegebenermaßen plakative Beispiel veranschaulicht, worum es realistischen politischen Theoretiker*innen geht, wenn sie dafür plädieren, bei der Bewertung von politischen Phänomenen die Komplexität potenziell relevanter Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Unterscheidungen zwischen moralisch ‚gut‘ und moralisch ‚schlecht‘ seien nicht nur oft umstritten und eindeutige moralische Bewertungsmaßstäbe somit schwer zu bestimmen. Ein allzu einseitiger Fokus auf moralische Kriterien werde auch selten der Komplexität von politischen Problemen gerecht. Deshalb könne nicht verallgemeinernd und ohne kontextsensitive Betrachtungen politi-

scher Problemlagen definiert werden, welche Rolle moralische Gesichtspunkte für die Evaluation von politischen Phänomenen und Handlungsoptionen spielen sollten (vgl. Geuss 2010: 32).

2.3 Charakteristika konkreter Kontexte

Die Besonderheiten von konkreten Kontexten in den Blick zu nehmen, ist für realistische politische Theoretiker*innen nicht nur wichtig, um einseitig auf moralische Gesichtspunkte abstellende Evaluationen von politischen Phänomenen zu vermeiden. Betrachtungen konkreter Kontexte sind aus realistischer Perspektive auch wichtig, um die politischen Phänomene selbst, die zu Gegenständen politiktheoretischer Reflexionen gemacht werden, auf wirklichkeitsnahe und nicht idealisierte Weise zu beschreiben – insbesondere die Institutionen politischer Ordnungen und das Handeln der involvierten Akteur*innen. So betont Geuss (2008: 9), dass politische Theoretiker*innen in erster Linie daran interessiert sein sollten, wie soziale, ökonomische und politische Institutionen „actually operate in some society at some given time, and what really does move human beings to act in given circumstances“. Es sollte nicht darum gehen, auszubuchstabieren, wie gesellschaftliche Institutionen idealerweise gestaltet sein sollten oder was Menschen idealerweise erstreben oder wertschätzen sollten.

John Rawls' Theorie dient realistischen politischen Theoretiker*innen oft als Kontrastfolie, um dieses Anliegen genauer zu konturieren (siehe etwa Williams 2005: 1 f.). Rawls thematisiere soziale und politische Institutionen als Verkörperungen von moralischen Prinzipien oder als Instrumente für die Realisierung von moralischen Prinzipien, die er zuvor mit einer von der realen Praxis abstrahierenden Argumentation begründet. Demgegenüber halten realistische politische Theoretiker*innen es für vorzuzugswürdig, die Charakteristika der konkreten sozialen und politischen Institutionen in spezifischen Kontexten zu Ausgangspunkten von politiktheoretischen Reflexionen zu machen (vgl. Galston 2010: 393). Anders als Rawls, der Bürger*innen grundlegende moralische Fähigkeiten zuschreibt – darunter die Orientierung an Prinzipien der Gerechtigkeit –, gehen realistische politische Theoretiker*innen ferner von einer oft nur teilweisen oder bisweilen abwesenden Orientierung an den Regeln politischer Vernunft aus (vgl. Galston 2010: 399). Aus realistischer Perspektive sollte politische Theorie die Vielfalt an Motiven für politisches Handeln abbilden, die in der Realität zu beobachten ist und neben Gerechtigkeitserwägungen und anderen moralischen Orientierungen auch Eigeninteressen, Machtstreben und Emotionen umfasst. „A genuinely realistic political theory, therefore, will be sensitive to how principle, prudence and self-interest, means and ends, reason and emotion, are typically bound together in politics in a potentially inexhaustible variety of complex, confusing and unpredictable ways, always partly dependent on circumstance and context“ (Horton 2010: 442).

Ich habe in diesem Abschnitt drei Bestandteile des politiktheoretischen Programms der Realist*innen beschrieben. Die realistische Qualität einer politischen Theorie besteht demnach darin, dass sie die Charakteristika von *Politik als eine distinkte soziale*

Praxis anerkennt, die *Komplexität normativer Evaluationen* reflektiert und sich mit den *Charakteristika konkreter Kontexte* auseinandersetzt. In der Gesamtschau zeigt sich, dass die realistische politische Theorie sowohl das Allgemeine (das Wesen von Politik) als auch das Partikulare (politische Phänomene in konkreten Kontexten) politischer Praxis in den Blick nehmen möchte. Es geht ihr nicht nur darum, ein realistisches Bild von Politik als solcher zu zeichnen, sondern auch darum, Orientierung für den Umgang mit politischen Phänomenen zu stiften, die als *politische* Phänomene zwar unter Berücksichtigung der allgemeinen Wesensmerkmale von Politik zu deuten sind, aber immer auch Spezifika aufweisen, die sich nur unter Berücksichtigung ihrer Kontexte erfassen und bewerten lassen.

3. Mouffes (realistische?) agonale Demokratietheorie

Liegt mit Chantal Mouffes agonaler Demokratietheorie längst eine realistische Demokratietheorie vor, sodass die Debatte über die Ziele einer realistischen politischen Theorie ein politiktheoretisches Programm konturiert, das zumindest in einem Feld der zeitgenössischen Demokratietheorie längst Anwendung findet? Während einige Stimmen in der Debatte Mouffe in die Riege der realistischen politischen Theoretiker*innen einsortieren (vgl. Galston 2010: 386; Cross 2017), vertrete ich die These, dass die Frage nach der realistischen Qualität von Mouffes Theorie differenziert beantwortet werden muss (vgl. Westphal 2022a). Im Folgenden werde ich eine an den drei beschriebenen Merkmalen orientierte realistische Spurensuche in Mouffes Theorie unternehmen, um diese These zu unterfüttern und einen Ansatzpunkt zu schaffen, von dem aus Möglichkeiten der Weiterentwicklung einer realistischen Demokratietheorie sondiert werden können.

3.1 Realistische Qualität I: Politik und das Politische

Zwar verwendet Mouffe ein anderes Vokabular als realistische politische Theoretiker*innen, die von der Autonomie von Politik sprechen, aber ihre diskurstheoretischen Prämissen (vgl. Laclau/Mouffe 2001), die später mit der konzeptuellen Unterscheidung von *Politik* und dem *Politischen* Eingang in ihre Demokratietheorie des agonalen Pluralismus finden (vgl. Mouffe 2007a: 15), spiegeln zentrale Ideen der realistischen Charakterisierung von Politik als eine distinkte soziale Praxis wider. Zuvorderst betont auch Mouffe die Ubiquität und Persistenz von Meinungsverschiedenheiten und argumentiert, dass es die zentrale Aufgabe von Politik ist, die aus diesen Meinungsverschiedenheiten erwachsenden Konflikte zu verarbeiten. Gemäß der Laclau-Mouffe'schen Diskurstheorie sorgt das antagonistische Potenzial sozialer Beziehungen – später von Mouffe das *Politische* genannt – dafür, dass immer wieder und in potenziell jedem Bereich sozialer Beziehungen Konflikte zwischen inkompatiblen politischen Identitäten entstehen können (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 131). „Nur wenn wir die Dimension des ‚Politischen‘ anerkennen und

begreifen, dass ‚Politik‘ darin besteht, Feindseligkeit zu domestizieren und den potenziellen Antagonismus, der die menschlichen Beziehungen durchdringt, zu entschärfen, können wir die Frage stellen, die für demokratische Politik zentral ist“ (Mouffe 2007b: 44 f.). Diese Frage ist für Mouffe jene nach Möglichkeiten der „Schaffung von Einheit im Kontext von Konflikt und Diversität“ (Mouffe 2007b: 45) und nicht – wie viele politische Theoretiker*innen liberaler und deliberativer Traditionen argumentieren – die Frage nach Lösungen, die alle Beteiligten gleichermaßen für vernünftig halten können (vgl. Mouffe 2000a: 83–90). Mouffes These, „dass das Ziel demokratischer Politik darin liegt, Antagonismen in Agonismen zu verwandeln“ (Mouffe 2007b: 45), liest sich äquivalent zu dem Plädoyer realistischer politischer Theoretiker*innen, die Aufgabe der Konfliktverarbeitung, die aufgrund der Hartnäckigkeit von Meinungsverschiedenheiten oft nicht Konfliktüberwindung bedeuten kann, als die Kernaufgabe von Politik zu verstehen.

Auch die Annahme realistischer politischer Theoretiker*innen, dass Macht und Zwang zu dem gehören, was Politik als eine distinkte soziale Praxis auszeichnet, findet sich bei Mouffe. Mouffe (2007b: 44) argumentiert, „dass es die Machtbeziehungen selbst sind, die das Soziale konstituieren“. Die Annahme einer konstitutiven Rolle von Macht in sozialen Beziehungen ist ähnlich zentral für Mouffes agonalen Pluralismus wie ihre Annahme, dass das Potenzial des Antagonismus untilgbar ist, und mündet in die These, dass Politik stets ein Kampf um Hegemonie ist. Weil Politik nicht nur ein Prozess der Konfliktentschärfung ist, sondern auch ein Prozess der politischen Entscheidungsfindung, der unter Bedingungen von Meinungsverschiedenheiten kollektiv verbindliche Regeln für den Umgang mit strittigen Fragen definiert, sei jede politische Ordnung das Ergebnis einer auf Macht basierenden Durchsetzung einer politischen Position, die mit Alternativen konkurriert, und hat insofern einen hegemonialen Charakter (vgl. Mouffe 2000a: 99 f.).

Eine gewisse Spannung besteht mit Blick auf eines der Kriterien, die laut realistischen politischen Theoretiker*innen die Autonomie von Politik ausmachen, und zwar die Orientierung an der (Wieder-)Herstellung von Ordnung. Während realistische politische Theoretiker*innen die Aufgabe von Politik betonen, unter Bedingungen von Meinungsverschiedenheiten und Konflikten *Ordnung zu schaffen*, ist Mouffes Demokratietheorie eine ordnungskritische Perspektive inhärent. Der agonale Pluralismus betont die Relevanz von Kritik an bestehenden Ordnungen sowie Forderungen nach politischen Veränderungen, weil jede Ordnung Ausschlüsse produziert, die problematisierbar bleiben müssen. Mouffe geht in diesem Sinne von einem konstanten *Zuviel* an Ordnung aus. Allerdings ist weder die realistische politische Theorie mit dem bloßen Erhalt von Ordnung zufrieden noch Mouffes agonale Theorie mit dem bloßen Infragestellen von Ordnung. Insbesondere die Geuss'sche Interpretation realistischer politischer Theorie und der Debattenstrang, der hiervon inspiriert die Ideologiekritik ins Zentrum der Praxis realistischer politischer Theorie stellt, machen bestehende Ordnungen zum Gegenstand kritischer Evaluationen. Mouffe wiederum weist nicht nur die Relevanz von politischem Handeln aus, das bestehende Ordnungen in Frage stellt, sondern betont auch, dass auf das erfolgreiche Infragestellen von Ordnung stets die Einrichtung einer neuen Ordnung folgen muss. Mouffe charakterisiert Politik, ähnlich wie die realistischen politischen Theo-

retiker*innen, als „nach der Errichtung von Ordnung“ strebend (Mouffe 2007b: 44). Zwar betont sie, dass keine Ordnung auf Dauer gestellt und der Kritik entzogen sein kann. Aber das *Politische* in Form von Ordnungskritik kann nur dann die Demokratie effektiv beleben, wenn es nicht entkoppelt wird von der *Politik*, verstanden als die „Gesamtheit der Verfahrensweisen und Institutionen [...], durch die eine Ordnung geschaffen wird, die das Miteinander der Menschen im Kontext seiner ihm vom Politischen auferlegten Konflikthaftigkeit organisiert“ (Mouffe 2007a: 16). Diese Sichtweise wird besonders deutlich in Mouffes Kritik an radikalen Demokratietheorien, die demokratische Politik jenseits staatlicher Institutionen verorten (vgl. Mouffe 2009a, 2013: 66–71). Im Gegensatz zu solchen Verständnissen radikaler Politik, die die Strategie eines „Rückzugs aus“ den Institutionen wählen, erklärt Mouffe die Strategie einer „Auseinandersetzung mit“ Institutionen zu einem integralen Merkmal ihres eigenen Verständnisses radikaler Politik (Mouffe in Oppelt 2014: 264).

Mouffes Betonung der demokratischen Funktion von Ordnungskritik steht somit nicht im Gegensatz zu der These realistischer politischer Theoretiker*innen, dass das Schaffen von Ordnung konstitutiv für die distinkte soziale Praxis Politik ist. Vielmehr variiert sie diese These insofern, als sie die Notwendigkeit unterstreicht, die Konstitution von Ordnung als einen niemals abschließbaren Prozess zu verstehen. Mouffes Plädoyer dafür, zwischen Politik und dem Politischen zu unterscheiden und die Relevanz des *Spannungsverhältnisses* zwischen beidem zu akzentuieren, lässt sich dabei als ein Schritt der Überführung realistischen politiktheoretischen Denkens in das Feld der Demokratietheorie deuten. Denn in der Demokratie, die auf den ethisch-politischen Ideen von Gleichheit und Freiheit fußt, reicht das Vorhandensein von Ordnung nicht aus. Weil politische Ziele und Interpretationen von Gleichheit und Freiheit permanent umstritten sind, kann keine spezifische Ordnung als ideale Realisierung dieser ethisch-politischen Ideen gelten, sondern muss jede Ordnung unter den Vorbehalt zukünftiger Revisionen gestellt werden: Bürger*innen müssen stets die Möglichkeit haben, einmal errichtete Ordnungen wieder zu Gegenständen des politischen Streits zu machen und dann gegebenenfalls neu zu gestalten.

3.2 Realistische Qualität II: Gegen eine Moralisierung von Konflikten

In Mouffes Demokratietheorie lassen sich auch Argumente finden, die das zweite Merkmal realistischer politischer Theorie widerspiegeln. Mouffe wendet sich explizit gegen Versuche, politische Phänomene einseitig mit moralischen Kriterien zu bewerten, und zwar primär in ihrer Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Rechtspopulismus, die weiter zurückreicht als ihr jüngeres Plädoyer dafür, demokratische Antworten auf den gegenwärtigen Rechtspopulismus in einem Linkspopulismus zu suchen.

Mouffe (2005: 56, Übersetzung d. A.) beobachtet Mitte der 2000er Jahre, dass etablierte politische Parteien auf das Erstarken rechtspopulistischer Akteur*innen, etwa der FPÖ in Österreich, mit einer „moralischen Verurteilung“ reagieren. Jene Wir-Sie-Unterscheidung, die für die Konstitution von politischen Beziehungen unverzichtbar sei,

werde mit Blick auf die rechtspopulistischen Akteur*innen in einem „moralischen Register“ vollzogen. Die etablierten politischen Parteien definierten sich selbst als die „guten Demokrat*innen“ und die rechtspopulistischen Akteur*innen als die „böse extreme Rechte“ (Mouffe 2005: 57, Übersetzung und Hervorhebungen d. A.; vgl. auch Mouffe 2007a: 96). Eine solche Konfliktkonstruktion, die auf eine moralische Verurteilung der Gegenseite zielt, erachtet Mouffe als problematisch. Zum einen sei sie nutzlos für Versuche, das Wesen oder die Ursachen neu aufkommender Formen des Rechtspopulismus zu verstehen (vgl. Mouffe 2005: 57, 2007a: 100). Zum anderen verhindere eine von moralischen Urteilen konfigurierte Konfliktkonstruktion politische Auseinandersetzungen, denn als moralisch verwerflich konstruierte Akteur*innen „können nicht als ‚Gegner‘, sondern nur als ‚Feinde‘ behandelt werden“ (Mouffe 2007a: 99). „[T]o draw the frontier between the ‘good democrats’ and the ‘evil extreme right’ is very convenient, since the ‘them’ can now be considered as a sort of moral disease which needs to be condemned morally, not fought politically“ (Mouffe 2005: 57).

Mouffe sieht in dem „post-politischen Konsens“, der sich durch eine Annäherung der Positionen etablierter politischer Parteien auf dem Links-Rechts-Spektrum in der Mitte auszeichnet, einen Hauptgrund dafür, dass viele Bürger*innen sich von den Versprechungen rechtspopulistischer Akteur*innen angesprochen fühlen, echte Alternativen zum Status quo realisieren zu wollen (Mouffe 2005: 57, Übersetzung d. A.). Indem sie die Wähler*innen rechtspopulistischer Akteur*innen moralisch verurteilen, schürten die etablierten politischen Akteur*innen Anti-Establishment-Haltungen unter den Bürger*innen und ignorierten, dass ihre eigene Politik die Unterstützung für rechtspopulistische Kräfte mitverantwortet (vgl. Mouffe 2019: 8). Es geht Mouffe keineswegs darum, die Positionen der Rechtspopulist*innen zu legitimieren, sondern darum, einen „Moralismus“ (Mouffe 2005: 58, Übersetzung d. A.) zu vermeiden, der sich darauf beschränkt, das moralisch Schlechte in der Gegenseite zu identifizieren. Eine solche Strategie blende die Komplexität an Faktoren aus, die es in Betracht zu ziehen gilt, um politische Phänomene verstehen und angemessen bewerten zu können. Mouffes Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Rechtspopulismus erweist sich somit als ein Brennglas, das eine dem zweiten Merkmal realistischer politischer Theorie entsprechende realistische Qualität von Mouffes Argumentation belegt.

3.3 Realistisches Manko: Die Abstraktheit des agonalen Pluralismus

Demgegenüber fällt die Bilanz einer an dem dritten Kriterium realistischer politischer Theorie orientierten Überprüfung von Mouffes Theorie des agonalen Pluralismus dürftig aus: Sie beschäftigt sich wenig mit den Charakteristika politischer Praktiken in konkreten Kontexten.

Ein gewisser Grad an Abstraktheit in der normativen Argumentation des agonalen Pluralismus steht durchaus im Einklang mit der Agenda realistischer politischer Theorie. Mouffe definiert zwar die Bereitschaft, andere als Gegner*innen und nicht als Feind*innen zu behandeln, als einen normativen Maßstab für politisches Handeln in der Demo-

kratie, aber keine Verpflichtung gegenüber spezifischen Deutungen dieser ethisch-politischen Ideen (vgl. Mouffe 2013: 8). Ferner betont sie zwar die Relevanz von Institutionen wie vor allem Parlamenten (vgl. Mouffe 2007a: 33), definiert aber nicht, wie parlamentarische Systeme im Detail aussehen sollten. Insbesondere die institutionelle Vagheit des agonalen Pluralismus wurde vielfach kritisiert und von einigen Autor*innen zum Anlass genommen, zu zeigen, wie sich potenzielle institutionelle Komponenten agonaler Demokratie konkreter beschreiben lassen (vgl. Herrmann/Flatscher 2020; Lowndes/Paxton 2018; Wallaschek 2017; Westphal 2018, 2019, 2021; Wingenbach 2011). Aus realistischer Perspektive könnte Mouffes Verzicht auf Spezifizierung aber auch positiv gewertet werden, als ein Verzicht auf eine zu idealisierende Theoriebildung: Mouffe bestimmt nicht, wie Institutionen *idealerweise* gestaltet sein sollten, oder was Menschen *idealerweise* erstreben oder wertschätzen sollten, sondern überlässt die Definition konkreter politischer Ziele den Akteur*innen in der Praxis. Anstatt der Frage nachzugehen, wie kompatibel die in der weiteren Debatte ‚mit Mouffe gegen Mouffe‘ entwickelten Perspektiven auf institutionelle Gestaltungsoptionen mit der realistischen Absage an eine idealisierende Argumentation sind, möchte ich hier den Fokus auf die von realistischen Theoretiker*innen eingeforderte diagnostische Komponente des dritten Merkmals realistischer politischer Theorie legen. Denn von Bestimmungen dessen abzusehen, wie politische Zielsetzungen und Institutionen idealerweise aussehen sollten, ist nur die eine, ‚negative‘ Seite jener Medaille, die das Plädoyer realistischer politischer Theoretiker*innen für eine Auseinandersetzung mit den Charakteristika konkreter Kontexte repräsentiert. Die andere, ‚positive‘ Seite besteht in der Idee, dass politiktheoretische Argumentationen einbeziehen sollten, wie soziale, ökonomische und politische Institutionen „actually operate in some society at some given time, and what really does move human beings to act in given circumstances“ (Geuss 2008: 9). Diesbezüglich erweist sich der agonale Pluralismus als weitgehend blutleer.

Mouffes Diagnose bezüglich des post-politischen Konsenses in westlichen Demokratien, den sie eine maßgebliche Verantwortung für den Erfolg des Rechtspopulismus tragen sieht (vgl. Mouffe 2005, 2007a), beschränkt sich darauf, die Rolle der etablierten politischen Parteien bei der Entpolarisierung des politischen Links-Rechts-Spektrums zu betonen. Nach einer kritisch-diagnostischen Auseinandersetzung mit den spezifischen Merkmalen und Funktionsweisen etablierter politischer Parteien oder bestehender Formen des Parlamentarismus sucht man in Mouffes Schriften zum agonalen Pluralismus vergebens. Auch das für den agonalen Pluralismus zentrale Argument, dass Parlamente eine wichtige Rolle bei der Transformation von Antagonismen in Agonismen spielen, verbleibt auf einer abstrakten Ebene. Mouffe thematisiert nicht, *wie* Parlamente – unabhängig von konkreten Möglichkeiten der institutionellen Ausgestaltung – zu einer solchen Transformation beitragen. Auch das realistische Interesse an den tatsächlichen Beweggründen für Menschen, in der politischen Praxis auf die eine oder andere Weise zu handeln, bedient der agonale Pluralismus nicht. Zwar betont Mouffe die Rolle von „Leidenschaften“ (Mouffe 2007a: 34, 2000b), aber bleibt auch hier dabei stehen, die allgemeine Relevanz für (demokratische) Politik zu konstatieren.

Indem Mouffe die Umstrittenheit von Gleichheit und Freiheit akzentuiert, schreibt sie dem agonalen Pluralismus eine Offenheit gegenüber substanziell divergierenden politischen Anliegen ein. Insofern sie einen „vibrant clash“ zwischen unterschiedlichen politischen Positionen sowie Kritik an bestehenden Ordnungsformen als elementar für die Demokratie bewertet (Mouffe 2000a: 104 f.), definiert sie als ein demokratisches Desiderat, dass die vom Status quo Marginalisierten ihre politischen Anliegen artikulieren und in Forderungen nach politischen Veränderungen übersetzen. Der schon im Kapitel zur radikalen Demokratie in *Hegemony and Socialist Strategy* gesetzte Akzent auf soziale Bewegungen (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 159 f.) findet sich auch im agonalen Pluralismus, wenn Mouffe argumentiert, dass die Kernaufgabe radikaldemokratischer Politik darin besteht, die „Vielfalt demokratischer Kämpfe unterschiedlichster Provenienz (ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller)“ miteinander zu verbinden (Mouffe 2009b: 38). Eine Auseinandersetzung mit den konkreten ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Anliegen, die demokratische Kämpfe beschäftigen oder beschäftigen sollten, etwa weil sie eine zentrale Rolle in den politischen Perspektiven marginalisierter Gruppen spielen, bleibt aber aus.

Auch die Verbindung unterschiedlicher demokratischer Kämpfe bleibt eine abstrakte Idee. Zwar führt Mouffe aus, dass eine solche Verbindung nur „das Ergebnis politischer Artikulation sein [kann]“ (Mouffe 2009b: 38) und es hierbei um das Schaffen von „Einheit im Kontext von Konflikt und Diversität“ gehen müsse (Mouffe 2007b: 45). Aber ein Studium des agonalen Pluralismus informiert nicht darüber, wie solche Artikulationsprozesse praktisch funktionieren. Lois McNay (2014) macht auf einen verwandten Punkt aufmerksam, wenn sie argumentiert, dass es dem agonalen Pluralismus, wie vielen anderen radikalen Demokratietheorien, an einer Auseinandersetzung mit den realen sozialen Erfahrungen marginalisierter Gruppen fehlt. Mouffe plädiere für ein emanzipatorisches und widerständiges politisches Handeln seitens der Marginalisierten einer Gesellschaft, reflektiere aber nicht, dass Unterdrückungserfahrungen und Gefühle der Machtlosigkeit in der Praxis oft Hindernisse für ein solches Handeln sind (vgl. McNay 2014: 81 ff.).

Den agonalen Pluralismus zeichnet also eine Abstraktheit aus, angesichts derer die Bilanz einer realistischen Spurensuche in Mouffes Theorie schließlich dünner ausfällt, als im Lichte von Mouffes Akzentuierung von Merkmalen des Politischen und ihrer Absage an eine moralisierende Bewertung von Konflikten zu vermuten wäre. Ich werde nachfolgend jedoch zeigen, dass Mouffe diese Abstraktheit in ihrem jüngsten Werk, dem Essay *For a Left Populism* (2018), reduziert. *For a Left Populism* ist nicht nur eine Intervention in die demokratietheoretische Kontroverse über das Wesen und den potenziell demokratischen Charakter populistischer Politik, sondern lässt sich darüber hinaus als eine Weiterentwicklung von Mouffes demokratietheoretischen Überlegungen lesen, die deren realistischen Charakter im Sinne des dritten Merkmals realistischer politischer Theorie stärkt.

4. Der Realismus des Mouffe'schen Plädoyers für einen linken Populismus

For a Left Populism wird in der weiteren Debatte bisher vor allem mit Blick auf Mouffes Idee diskutiert, dass ein Linkspopulismus eine Form des Populismus darstellen könnte, die ohne den Anti-Pluralismus des Rechtspopulismus auskommt und stattdessen als eine heterogene und inklusive demokratische politische Kraft in Erscheinung treten könnte (siehe etwa Cohen 2019: 32; Michelsen 2021: 73; Straßenberger 2020: 315 ff.). Zweifels- ohne ist dies der interessante Beitrag Mouffes zu der Populismus-Debatte in der politischen Theorie. Aus realistischer Perspektive ist jedoch vor allem interessant, *wie* Mouffe ihr Plädoyer für einen Linkspopulismus entwickelt. Wie Seongcheol Kim (2021) betont, ist Mouffes Argumentation in *For a Left Populism* „strategisch-zeitdiagnostischer Natur“. Ich möchte im Folgenden zeigen, dass der zeitdiagnostische Charakter der Mouffe'schen Argumentation nicht zuletzt in einer Auseinandersetzung mit den konkreten Institutionen und politischen Anliegen von Bürger*innen in den gegenwärtigen Gesellschaften westlicher Demokratien besteht, die das realistische Defizit des agonalen Pluralismus zumindest teilweise überwindet.

Mouffe beginnt ihre Diskussion in *For a Left Populism* mit einer Charakterisierung des „populistischen Moments“ (Mouffe 2018: 11).¹ Mit diesem Begriff bezeichnet Mouffe nicht die bloße Präsenz des Populismus in der politischen Landschaft westlicher Demokratien, sondern die soziale und politische Verfasstheit westlicher Demokratien, die sich durch die Krise einer seit den 1980er Jahren in Westeuropa etablierten „neoliberalen hegemonialen Formation“ auszeichne (ebd.: 11). Die Deregulierungs-, Privatisierungs- und Austeritätspolitiken, die diese Formation kennzeichnen, offenbarten laut Mouffe in der Finanzkrise von 2008 zum ersten Mal offenkundig ihre Grenzen. Als viele europäische Länder mit Austeritätspolitiken auf die Finanzkrise reagierten, habe sich eine „Vielzahl an Widerständen“ gegen die von der neoliberalen Hegemonie geprägten politischen und ökonomischen Transformationsprozesse formiert (ebd.: 12). Nicht nur Arbeiter*innen, sondern auch große Teile der Mittelklasse hätten eine Verschlechterung und Prekarisierung ihrer Lebensumstände erfahren und eine Unzufriedenheit mit dem vorherrschenden „politisch-ökonomischen System“ entwickelt, die in dem „post-demokratischen Kontext“ westlicher Demokratien jedoch keine politische Resonanz erfahren habe (ebd.: 18). In der Folge seien einerseits vielfältige, aus unterschiedlichen Gründen aber mittelfristig erfolglose Protestartikulationen in der Gestalt von Bewegungen wie *M15* oder *Occupy*, *Syriza* in Griechenland oder *Podemos* in Spanien entstanden; andererseits sei die Unterstützung für rechtspopulistische politische Kräfte gestiegen (ebd.: 19–23).

Mouffes Beschreibung des populistischen Moments spezifiziert jene Status quo-Kritik, die ihre Arbeiten zum agonalen Pluralismus noch abstrakt als eine permanente politische Option und ein Erfordernis demokratischer Politik beschreiben. Mouffe konkretisiert sowohl die kritikwürdigen Aspekte des Status quo als auch die Anliegen von

1 Bei den direkten Zitaten aus *For a Left Populism* handelt es sich hier und im Folgenden um Übersetzungen der Autorin.

Bürger*innen, die eine kritische Gegenhegemonie artikulieren sollten, um den Status quo auf potenziell produktive Weisen zu verändern. Während sie in ihren früheren demokratietheoretischen Schriften noch sehr allgemein die Abwesenheit von Streit über grundlegende politische Fragen moniert hatte, weist sie in *For a Left Populism* die „exponentielle Zunahme“ von Ungleichheit sowie Politiken, die für diese Ungleichheit verantwortlich sind, als Aspekte des Status quo aus, die aufgrund einer „oligarchischen“ Vereinnahmung westlicher Demokratien zu wenig politisiert wurden und folglich politisch unbearbeitete Probleme geblieben sind (ebd.: 17 f.). Mouffes Diagnose in *For a Left Populism* spezifiziert die Kritik des agonalen Pluralismus am postpolitischen Zustand westlicher Demokratien (vgl. Crouch 2008) insofern, als sie mit den gewachsenen Ungleichheiten im Kontext neoliberaler Politiken konkrete soziale Phänomene identifiziert, die zu Inhalten eines post-politischen Konsenses unter den etablierten demokratischen Parteien geworden sind. Insofern es eine Unzufriedenheit über die Ungleichheitseffekte neoliberaler Politiken und die Untätigkeit der etablierten demokratischen Parteien bezüglich dieser Effekte sind, die viele Bürger*innen dazu bringt, rechtspopulistische Parteien zu wählen, hätten die Forderungen von Bürger*innen, die derzeit mit dem Rechtspopulismus sympathisieren, einen „demokratischen Kern“ (Mouffe 2018: 22).

Vor dem Hintergrund dieser Diagnose wäre es falsch, Mouffes Plädoyer dafür, ein linkspopulistisches Projekt zu bemühen, das die legitimen Unzufriedenheiten mit dem Status quo westlicher Demokratien weg von den nationalistischen politischen Projekten des Rechtspopulismus und in die Richtung einer Radikalisierung von Demokratie lenken könnte, auf eine Zeitgeist-These zu reduzieren (vgl. Mudde 2004). Es braucht einen Linkspopulismus aus Mouffes Sicht nicht, weil wir uns in einem Zeitalter befinden, in dem sich der Populismus schlicht als ein neuer hegemonialer Modus von Politik etabliert hat. Es braucht einen Linkspopulismus vielmehr, um die gegenwärtige „neoliberale hegemoniale Formation“ (Mouffe 2018: 11) transformieren und die Demokratie „rückerobern“ und „vertiefen“ zu können (ebd.: 35). Gegenwärtig seien keine Akteur*innen erkennbar, von denen solch eine transformierende Kraft ausgehen könnte. Die etablierten demokratischen Parteien hätten sich als „unfähig“ erwiesen, eine grundlegende Kritik an der neoliberalen hegemonialen Formation zu üben (ebd.: 37). Mouffe betont, dass ihre früheren demokratietheoretischen Arbeiten noch von mehr Optimismus bezüglich des kritischen Potenzials sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien geprägt gewesen seien (vgl. ebd.: 5). Der Rechtspopulismus wiederum formuliere zwar eine fundamentale Status quo-Kritik, verfolge jedoch eine ausgrenzende Politik, die ihn als potenziell treibende Kraft einer Rückeroberung oder gar Vertiefung von Demokratie diskreditiert (vgl. ebd.: 24). Es gelte deshalb, eine neue kollektive politische Identität zu konstruieren, die die Unzufriedenheit vieler Bürger*innen über soziale Ungleichheiten und das Repräsentationsversagen der etablierten demokratischen Parteien artikulieren und in die politische Auseinandersetzung um den Status quo hineinragen kann.

Es lassen sich in *For a Left Populism* zwei zentrale Argumente dafür finden, dass diese neue kollektive Identität linkspopulistischer Natur sein sollte. Erstens hält

Mouffe (ebd.: 62) den Begriff des „Volkes“ für geeignet, weil er – anders als die rechts-populistische Idee eines vermeintlich homogenen Volkes behauptet – keinen „empirischen Bezugspunkt“ habe, sondern eine „diskursive politische Konstruktion“ verkörpere, die inhaltlich unbestimmt ist und deshalb heterogene Elemente vereinen kann. Ein diskurspolitisches Instrumentarium zu bestimmen, das als Identitätsmarker für sehr unterschiedliche Identitäten dienen kann, ist für Mouffe mit Blick auf eine praktische Herausforderung essenziell: Die gesuchte neue kollektive politische Identität muss eine große Pluralität an Erfahrungen und politischen Anliegen integrieren können. Mouffe stellt heraus, dass zu denjenigen Menschen, die von neoliberalen Politiken betroffen sind und unter wachsenden sozialen Ungleichheiten leiden, längst nicht mehr nur die traditionelle Wähler*innenschaft linker Parteien gehört (vgl. ebd.: 60). Benachteiligungs- und Unterdrückungserfahrungen hätten sich nicht nur innerhalb der Arbeiter*innenschaft, sondern auch jenseits der Arbeiter*innenschaft ausdifferenziert (ebd.: 60 f.). Weil der Begriff des „Volkes“ allgemein und unbestimmt ist, eigne sich die populistische Diskursstrategie besonders, um eine intern heterogene politische Identität zu konstruieren, die in ihrer Opposition zum Status quo der „Elite“ geeint ist.

Zweitens bietet es sich laut Mouffe an, die gesuchte neue kollektive politische Identität über die Artikulation einer Opposition von „Volk“ und „Elite“ zu schaffen, weil diese diskursive Konstruktion auf symbolischer Ebene jene Gemeinsamkeiten ausdrückt, die die unterschiedlichen Identitäten trotz ihrer Differenzen eint: die Kritik an der Verkümmern des demokratischen Charakters etablierter Demokratien. Mouffe argumentiert, dass sich die historische Situation des populistischen Moments durch eine radikale Ent-Balancierung des Spannungsverhältnisses zwischen den beiden für die liberale Demokratie konstitutiven politischen Prinzipien – Liberalismus und Demokratie – auszeichnet (vgl. ebd.: 45). Eine zentrale These ihrer Theorie des agonalen Pluralismus lautet, dass eine lebendige Demokratie den kontinuierlichen politischen Streit darüber braucht, wie Spannungen zwischen den Logiken des Liberalismus und der Demokratie, die nie ganz auflösbar sind, austariert werden sollen (vgl. Mouffe 2000a: 93). In *For a Left Populism* argumentiert Mouffe, dass aktuell eine Stärkung der demokratischen Logik erforderlich ist, weil sich in gegenwärtigen Demokratien eine unangefochtene Hegemonie der liberalen Logik (beziehungsweise einer spezifischen Interpretation der liberalen Logik) etabliert hat und das Spannungsverhältnis der beiden politischen Logiken unzureichend sicht- und verhandelbar ist. Genauer habe die neoliberale hegemoniale Formation zwei elementare „Säulen“ der demokratischen Logik stillgelegt: die *Gleichheit*, indem sie für eine „Verarmung und Prekarisierung“ (Mouffe 2018: 18) breiter Bevölkerungsschichten gesorgt hat, und die *Volkssouveränität*, was sich in der Unfähigkeit von „Parlament und Institutionen“ (ebd.: 17) zeige, den Status quo zu politisieren. Wenn nun eine kollektive politische Identität konstruiert werden soll, die die Unzufriedenheit vieler Bürger*innen mit sozialen Ungleichheiten und dem politischen Repräsentationsversagen artikuliert, läge es deshalb nahe, hierfür die „Sprache der Demokratie“ (ebd.: 41) zu mobilisieren. Die populistische Strategie einer Konstruktion des „Volkes“ verknüpfe die Anliegen der unzufriedenen gesellschaftlichen Gruppen mit den politischen Werten der Demo-

kratie und drücke somit auf symbolischer Ebene aus, was das Ziel der neuen gegenhegemonialen Kraft ist, nämlich eine neue Artikulation des Verhältnisses von Liberalismus und Demokratie zugunsten der Logik letzterer (ebd.: 41, 45).

Auf Grundlage dieser Befunde lässt sich schlussfolgern, dass Mouffes Plädoyer für einen Linkspopulismus weder eine eigenständige Theorie oder konzeptionelle Neuausrichtung des agonalen Pluralismus verkörpert, noch auf eine politische Intervention reduziert werden kann, die Mouffe in *For a Left Populism* erklärtermaßen auch sieht (vgl. ebd.: 9). *For a Left Populism* greift auf die etablierten Konzepte und Argumente des agonalen Pluralismus zurück, darunter vor allem das Erfordernis der Status quo-Kritik, die Aufgabe einer Konstruktion (gegenhegemonialer) politischer Identitäten, und die Bedeutung des politischen Streits über Spannungen zwischen den konfligierenden Logiken der liberalen Demokratie. Diese Komponenten werden jedoch kontextualisiert und zu Instrumenten einer kritischen Gegenwartsdiagnose gemacht. Mit ihrer Diagnose bezüglich der hegemonialen Deregulierungs-, Privatisierungs- und Austeritätspolitik sowie der mangelnden Resonanz von Kritik an diesen Politiken in den repräsentativen Institutionen beschreibt Mouffe konkrete institutionelle Charakteristika westlicher Demokratien als revisionsbedürftige Merkmale des Status quo. Der kritikwürdige Status dieser Merkmale wird zwar mit dem Bild eines aus der Balance geratenen Verhältnisses zwischen liberaler und demokratischer Logik demokratietheoretisch rekonstruiert, aber auch immer wieder durch Bezugnahmen auf die reale Unzufriedenheit vieler Bürger*innen ausgewiesen.

Auf diese Weisen nähert sich Mouffe mit *For a Left Populism* der Idee der Realist*innen an, dass politische Theorie daran interessiert sein sollte, wie Institutionen „actually operate in some society at some given time, and what really does move human beings to act in given circumstances“ (Geuss 2008: 9). *For a Left Populism* verlässt die abstrakte Ebene, auf der Mouffe noch in ihren früheren demokratietheoretischen Schriften die Notwendigkeit von Status quo-Kritik, Identitätskonstruktion und Streit über die internen Spannungen der liberalen Demokratie verhandelt hat, und interpretiert diese Ideen in einer Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Kontexten westlicher Demokratien. Mouffes Argument für einen Linkspopulismus kann vor diesem Hintergrund nicht als ein Universalrezept für die Konstruktion kollektiver politischer Identitäten gelesen werden. Der Populismus ist *eine* Möglichkeit der gegenhegemonialen Identitätskonstruktion, und nicht grundsätzlich die vorzugswürdigste. Mouffe sieht in dem Populismus eine Strategie für die Konstruktion kollektiver politischer Identität, *die angesichts von Spezifika der gegenwärtigen Situation* – zu denen neben der großen Diversität an Akteur*innen auf der Seite der Kritiker*innen des Status quo der Umstand gehört, dass vorherrschende Unzufriedenheiten mit dem Status quo demokratische Defizite betreffen – besonders aussichtsreich sein könnte.

5. Ausblick: Realistische Weiterentwicklungen agonaler Demokratietheorie

Ich habe argumentiert, dass Chantal Mouffes Demokratietheorie Merkmale einer realistischen politischen Theorie aufweist und sich das Argument für einen Linkspopulismus, das Mouffe in *For a Left Populism* entfaltet, als eine Vertiefung des realistischen Charakters ihrer Demokratietheorie lesen lässt. Abschließend möchte ich aufzeigen, worin vielversprechende Perspektiven für eine Weiterentwicklung der Debatte über mögliche Konturen einer realistischen Demokratietheorie bestehen könnten. Denn auch wenn Mouffe in *For a Left Populism* eine Auseinandersetzung mit den institutionellen Merkmalen der Kontexte westlicher Demokratien sowie mit den Anliegen derjenigen unternimmt, die in diesen Kontexten involviert sind, schöpft sie die Potenziale einer solchen Auseinandersetzung nur begrenzt ab. Ihre Status quo-Diagnose beschränkt sich auf die Hegemonie neoliberaler Politiken und auf eine breit geteilte Unzufriedenheit mit den Effekten dieser Politiken auf soziale Ungleichheiten und der ausbleibenden Politisierung dieser Effekte in den etablierten politischen Institutionen. Wer Mouffes Theorie zum Ausgangspunkt für eine Weiterführung der Debatte über Potenziale einer realistischen Demokratietheorie machen möchte, sollte Optionen sondieren, diesen Fokus zu erweitern. Ich skizziere im Folgenden drei mögliche Perspektiven für eine solche Fokuserweiterung, ohne nahelegen zu wollen, dass es sich hierbei um die für eine realistische Weiterentwicklung agonaler Demokratietheorie einzig fruchtbaren Perspektiven handelt.

Erstens könnte sich eine realistische Demokratietheorie detaillierter mit den Merkmalen und Funktionsweisen bestehender politischer Institutionen beschäftigen. Mouffe kritisiert, dass die etablierten demokratischen Parteien die Hegemonie neoliberaler Politiken unterstützen oder zumindest nicht zum Gegenstand von Streit über grundlegende politische Richtungsentscheidungen machen. Aber sie bleibt bei dieser Feststellung stehen und beschränkt sich darauf, hiervon ausgehend zu erklären, warum viele Bürger*innen rechtspopulistische Parteien wählen, und zu begründen, warum es eine neue, progressive politische Kraft außerhalb des etablierten Parteienspektrums braucht. Es böte sich an, Mouffes Diagnose zu der Hegemonie neoliberaler Politiken mit der ungleichen politischen Responsivität der repräsentativen politischen Systeme westlicher Demokratien in Verbindung zu bringen (vgl. zum Beispiel Gilens 2012; Schäfer/Zürn 2021). Angesichts der kontinuierlichen Bevorzugung von Interessen der sozioökonomisch bessergestellten Gruppen in politischen Entscheidungen liegt nahe, dass die von Mouffe beschriebene Hegemonie neoliberaler Politiken nicht auf die Entscheidung einzelner Parteien zu reduzieren ist, Politisierung zu vermeiden und nicht über politische Kurswechsel zu streiten, sondern auch etwas mit der gegenwärtigen Funktionsweise repräsentativer politischer Systeme zu tun hat. Eine realistische agonale Demokratietheorie, die sich mit dem Phänomen ungleicher politischer Responsivität in westlichen Demokratien auseinandersetzt, könnte nicht nur eine differenziertere Status quo-Diagnose liefern als Mouffe in *For a Left Populism*, sondern auch Ansatzpunkte für Spezifizierungen des politischen Programms jener neuen politischen Kraft schaffen, die einen möglichen Ausweg aus dem gegenwärtigen populistischen Moment bahnen können soll.

Zweitens könnte diskutiert werden, ob sich eine realistische agonale Demokratietheorie nicht intensiver mit den ökonomischen Verhältnissen in den betrachteten Kontexten befassen sollte. Wenn realistische Demokratietheoretiker*innen die ungleiche Responsivität repräsentativer Politik beleuchten, gibt es zwei Möglichkeiten, im Sinne einer Stärkung der demokratischen Logik auf diese Befunde zu reagieren. Zum einen lassen sich mögliche Reformen bestehender politischer Institutionen sondieren, die die Benachteiligung sozioökonomisch schlechter gestellter Gruppen auf die eine oder andere Weise ausgleichen können (siehe hierzu etwa die institutionellen Reformvorschläge von Arlen 2022; Arlen/Rossi 2021; Jörke/Held 2021; McCormick 2011). Zum anderen könnte der Blick auf die sozialen und ökonomischen Verhältnisse gelenkt werden, in denen sozioökonomische Ungleichheiten produziert werden. Wenn Mouffe in *For a Left Populism* argumentiert, dass sich ein Linkspopulismus mit den bestehenden Institutionen westlicher Demokratien auseinandersetzen und einen „radikalen Reformismus“ (Mouffe 2018: 46) verfolgen sollte, erklärt sie zwar eine Kritik an den kapitalistischen Produktionsstrukturen zu einer wichtigen Komponente des Programms eines solchen Reformismus (vgl. ebd.: 49). Aber worin genau sich die „anti-kapitalistische Dimension“ (ebd.) der linkspopulistischen Agenda manifestieren könnte, bleibt in *For a Left Populism* gänzlich unbestimmt. Vereinzelt gibt es bereits Vorschläge, wie die agonale Demokratietheorie das Verhältnis von Staat und Ökonomie reflektieren könnte (vgl. Wallaschek 2017). Für realistische politische Theoretiker*innen könnte es interessant sein, hieran anzuknüpfen, entsprechende Überlegungen zu vertiefen und zu diskutieren, wie sich ökonomische Verhältnisse sowohl in kritische Status quo-Diagnosen als auch in Überlegungen zu potenziellen Reformperspektiven einbeziehen lassen.

Drittens könnte sich eine realistische Demokratietheorie detaillierter mit den Perspektiven und politischen Anliegen derjenigen befassen, die in den betrachteten Kontexten involviert sind. Zwar ist Mouffes Deutung der gestiegenen Unterstützung für rechtspopulistische Parteien als Ausdruck einer Unzufriedenheit vieler Bürger*innen mit den etablierten demokratischen Parteien beziehungsweise mit einer von den etablierten Parteien getragenen Situation, in der sich soziale Ungleichheiten intensivieren, plausibel und relevant. Wie aber Forschung zu den Ursachen des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien zeigt, spielen auch kulturelle Konfliktlinien eine wichtige Rolle für jene Unzufriedenheiten, die derzeit vielfach in der Unterstützung von Rechtspopulist*innen kanalisiert werden (vgl. zum Beispiel Norris/Inglehart 2019). Mouffe (2018: 60 f.) betont zwar, dass jene progressive neue politische Kraft, die zu verkörpern sie einem Linkspopulismus zutraut, sehr unterschiedliche Gruppen vereinen können muss. Würden agonale Theoretiker*innen sich aber genauer damit beschäftigen, welche Perspektiven und Anliegen diese Diversität auszeichnen, und entsprechende Befunde einbinden in Reflexionen zu Möglichkeiten, neue politische Identitäten zu konstruieren, könnten sie ein nuancierteres Bild jener politischen Herausforderung zeichnen, die Mouffe durch einen Linkspopulismus zu meistern hofft.

Vor dem Hintergrund einer detaillierteren Auseinandersetzung mit der Heterogenität jener großen Gruppe von Bürger*innen, die mit dem Status quo in westlichen Demo-

kratien unzufrieden sind, ließe sich die Frage nach einer realistischen Agenda potenziell erfolgreicher linkspopulistischer Projekte adressieren. Welche politischen Ziele könnte oder müsste ein linkspopulistisches Projekt verfolgen, um die Perspektiven und Anliegen sowohl derjenigen zu absorbieren, die primär hinsichtlich der ökonomischen Prekarisierung ihrer Lebenssituation frustriert sind, als auch derjenigen, die primär einen Bedeutungsverlust ihrer kulturellen Identitäten und Deutungsmuster befürchten? Zu diskutieren wäre nicht nur, welche Themen und Ziele ein linkspopulistisches Projekt umfassen müsste, um wechselseitige Identifikation und Kooperationsbereitschaft unter den diversen Gruppen fördern zu können, sondern auch, wo die Grenzen der Integrationsfähigkeit eines Linkspopulismus liegen, der eine progressive politische Kraft sein soll. Realistische politische Theoretiker*innen könnten sich in diesem Zusammenhang konkreter mit den realen Perspektiven und Anliegen von Bürger*innen auseinandersetzen. Anregungen für ein solches Unterfangen ließen sich in Arbeiten finden, die argumentieren, dass realistische politische Theoretiker*innen sich ethnografischer Methoden bedienen sollten (vgl. Prinz 2019) oder unter Bürger*innen breit geteilte Wünsche nach politischer Veränderung reflektieren sollten (vgl. Westphal 2022b). Auf diese Weise könnten sie Mouffes Idee, dass es um die politische Verbindung von sehr unterschiedlichen Kritiker*innen des Status quo gehen müsse, spezifizieren und für die praktischen Herausforderungen eines solchen Unterfangens sensibilisieren.²

Literatur

- Arlen, Gordon, 2022: Citizen Tax Juries: Democratizing Tax Enforcement after the Panama Papers. In: *Political Theory* 50 (2), 193–220. <https://doi.org/10.1177/00905917211018007>
- Arlen, Gordon / Rossi, Enzo, 2021: Must Realists Be Pessimists About Democracy? Responding to Epistemic and Oligarchic Challenges. In: *Moral Philosophy and Politics* 8 (1), 27–49. <https://doi.org/10.1515/mopp-2019-0060>
- Bagg, Samuel, 2018: The Power of the Multitude: Answering Epistemic Challenges to Democracy. In: *American Political Science Review* 112 (4), 891–904. <https://doi.org/10.1017/S0003055418000527>
- Cohen, Jean L., 2019: Populism and the Politics of Resentment. In: *Jus Cogens* 1, 5–39. <https://doi.org/10.1007/s42439-019-00009-7>
- Cross, Ben, 2017: Normativity in Chantal Mouffe's Political Realism. In: *Constellations* 24 (2), 180–191. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.12265>
- Crouch, Colin, 2008: *Post-Demokratie*, Frankfurt (Main).
- Erman, Eva / Möller, Niklas, 2015: Political Legitimacy in the Real Normative World: The Priority of Morality and the Autonomy of the Political. In: *British Journal of Political Science* 45 (1), 215–233. <https://doi.org/10.1017/S0007123413000148>

2 Ich danke Janosch Prinz und dem*der anonymen Gutachter*in für sehr hilfreiche Kommentare zu einer früheren Version dieses Artikels.

- Erman, Eva / Möller, Niklas, 2022: Distinctively Political Normativity in Political Realism: Unattractive or Redundant. In: *Ethical Theory and Moral Practice* 25 (3), 433–447. <https://doi.org/10.1007/s10677-021-10182-8>
- Galston, William A., 2010: Realism in Political Theory. In: *European Journal of Political Theory* 9 (4), 385–411. <https://doi.org/10.1177/1474885110374001>
- Geuss, Raymond, 2008: *Philosophy and Real Politics*, Princeton / Oxford. <https://doi.org/10.1515/9781400835515>
- Geuss, Raymond, 2010: *Politics and the Imagination*, Princeton / Oxford. <https://doi.org/10.1515/9781400832132>
- Gilens, Martin, 2012: *Affluence and Influence. Economic Inequality and Political Power in America*, Princeton / Oxford. <https://doi.org/10.1515/9781400844821>
- Hall, Edward, 2015: Bernard Williams and the Basic Legitimation Demand: A Defence. In: *Political Studies* 63 (2), 466–480. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12070>
- Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias (Hg.), 2020: *Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783748904618>
- Horton, John, 2010: Realism, Liberal Moralism and a Political Theory of Modus Vivendi. In: *European Journal of Political Theory* 9 (4), 431–448. <https://doi.org/10.1177/1474885110374004>
- Jörke, Dirk / Held, Christoph, 2021: Verstrickt in der Liberalismusfalle. Für eine machiavellistische Erweiterung der Mouffe'schen Demokratietheorie. In: Manon Westphal (Hg.), *Agonale Demokratie und Staat*, Baden-Baden, 25–46. <https://doi.org/10.5771/9783748901440-23>
- Kim, Seongcheol, 2021: Von Lefort zu Mouffe. Populismus als Moment und Grenze radikaler Demokratie. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (online first). <https://doi.org/10.1007/s41358-021-00263-6>
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 2001 [1985]: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London / New York.
- Leader Maynard, Jonathan / Worsnip, Alex, 2018: Is There a Distinctively Political Normativity? In: *Ethics* 128 (4), 756–787. <https://doi.org/10.1086/697449>
- Lowndes, Vivien / Paxton, Marie, 2018: Can agonism be institutionalized? Can institutions be agonized? Prospects for democratic design. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 20 (3), 693–710. <https://doi.org/10.1177/1369148118784756>
- McCormick, John P., 2011: *Machiavellian Democracy*, New York. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511975325>
- McNay, Lois, 2014: *The Misguided Search for the Political. Social Weightlessness in Radical Democratic Theory*, Cambridge, UK / Malden.
- Michelsen, Danny, 2021: Agonistic Democracy and Constitutionalism in the Age of Populism. In: *European Journal of Political Theory* 21 (1), 68–88. <https://doi.org/10.1177/1474885119871648>
- Mouffe, Chantal, 2000a: *The Democratic Paradox*, London / New York.

- Mouffe, Chantal, 2000b: *Politics and Passions: the Stakes of Democracy*. In: *Ethical Perspectives* 7 (2–3), 146–150. <https://doi.org/10.2143/EP.7.2.503800>
- Mouffe, Chantal, 2005: *The ‘End of Politics’ and the Challenge of Right-wing Populism*, in: Francisco Panizza (Hg.), *Populism and the Mirror of Democracy*, London / New York, 50–71.
- Mouffe, Chantal, 2007a: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Vision*, Frankfurt (Main).
- Mouffe, Chantal, 2007b: *Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft*. In: Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie*, Bielefeld, 41–53. <https://doi.org/10.1515/9783839404942-003>
- Mouffe, Chantal, 2009a: *The Importance of Engaging the State*. In: Jonathan Pugh (Hg.), *What is Radical Politics Today?*, Basingstoke, 230–237. https://doi.org/10.1057/9780230251144_27
- Mouffe, Chantal, 2009b: *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*. Aus dem Englischen übersetzt und eingeleitet von Oliver Marchart, Wien.
- Mouffe, Chantal, 2013: *Agonistics. Thinking the World Politically*, London / New York.
- Mouffe, Chantal, 2018: *For a Left Populism*, London / New York.
- Mouffe, Chantal, 2019: *The populist moment*. In: *Simbiótica* 6 (1), 6–11.
- Mudde, Cas, 2004: *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition* 30 (4), 541–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>
- Norris, Pippa / Inglehart, Ronald, 2019: *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge, UK. <https://doi.org/10.1017/9781108595841>
- Oppelt, Martin, 2014: *“Thinking the World Politically” An interview with Chantal Mouffe*. In: *Zeitschrift für politische Theorie* 5 (2), 263–277. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17126>
- Philp, Mark, 2010: *What is to be done? Political Theory and Political Realism*. In: *European Journal of Political Theory* 9 (4), 466–484. <https://doi.org/10.1177/1474885110374010>
- Prinz, Janosch, 2016: *Raymond Geuss’ radicalization of realism in political theory*. In: *Philosophy and Social Criticism* 42 (8), 777–796. <https://doi.org/10.1177/0191453715583711>
- Prinz, Janosch, 2019: *Realism in Political Theory, Ethnographic Sensibility, and the Moral Agency of Bureaucrats*. In: *Polity* 52 (1), 64–87. <https://doi.org/10.1086/706521>
- Prinz, Janosch / Rossi, Enzo, 2017: *Political Realism as Ideology Critique*. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 20 (3), 348–365. <https://doi.org/10.1080/13698230.2017.1293908>
- Rossi, Enzo, 2019: *Being realistic and demanding the impossible*. In: *Constellations* 26 (4), 638–652. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.12446>
- Rossi, Enzo / Sleat, Matt, 2014: *Realism in Normative Political Theory*. In: *Philosophy Compass* 9/10, 689–701. <https://doi.org/10.1111/phc3.12148>
- Schaub, Jörg, 2010, *Ideale und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? Ein Literaturbericht zum neuesten Methodenstreit in der politischen Philosophie*. In:

- Zeitschrift für philosophische Forschung 64 (3), 393–409. <https://doi.org/10.3196/004433010792733581>
- Schaub, Jörg, 2012, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? In: Zeitschrift für politische Theorie 3 (1), 8–24.
- Schäfer, Armin / Zürn, Michael, 2021, Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin.
- Sleat, Matt, 2010: Bernard Williams and the possibility of a realist political theory. In: European Journal of Political Theory 9 (4), 485–503. <https://doi.org/10.1177/1474885110382689>
- Sleat, Matt, 2013: Liberal Realism. A Realist Theory of Liberal Politics, Manchester. <https://doi.org/10.7228/manchester/9780719088902.001.0001>
- Straßenberger, Grit, 2020: Die Rückkehr des Politischen? Anmerkungen zu re- und destabilisierenden Effekten radikaldemokratischer Protestartikulation. In: Andreas Schäfer / David Meiering (Hg.), (Ent-)Politisierung? Die demokratische Gesellschaft im 21. Jahrhundert, Leviathan Sonderband 35, 309–329. <https://doi.org/10.5771/9783748904076-307>
- Wallaschek, Stefan, 2017: Chantal Mouffe und die Institutionenfrage. In: Zeitschrift für Politische Theorie 8 (1), 3–21. <https://doi.org/10.3224/zpth.v8i1.01>
- Westphal, Manon, 2018: Die Normativität agonaler Politik. Konfliktregulierung und Institutionengestaltung in der pluralistischen Demokratie, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783845287584>
- Westphal, Manon, 2019: Overcoming the Institutional Deficit of Agonistic Democracy. In: Res Publica 28 (2), 187–210. <https://doi.org/10.1007/s11158-018-9397-2>
- Westphal, Manon (Hg.), 2021: Agonale Demokratie und Staat, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783748901440>
- Westphal, Manon, 2022a: For an Agonistic Element in Realist Legitimacy. In: Social Theory and Practice 48 (1), 165–191. <https://doi.org/10.5840/soctheorpract20211217150>
- Westphal, Manon, 2022b: Transformative Contextual Realism. In: Ethical Theory and Moral Practice 25 (3), 479–497. <https://doi.org/10.1007/s10677-021-10248-7>
- Williams, Bernard, 2005: In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument, Princeton / Oxford.
- Wingenbach, Ed, 2011: Institutionalizing Agonistic Democracy. Post-Foundationalism and Political Liberalism, Farnham / Burlington.